

Nr. 4 / November 2018

Umsetzung und Überprüfung der Agenda 2030 effektiv und partizipativ gestalten – Hochrangiges Politisches Forum der Vereinten Nationen stärken

Im Jahr 2019 ziehen die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (UN) Bilanz ihrer Erfahrungen mit dem Hochrangigen Politischen Forum der UN (HLPF). Das HLPF überprüft, inwieweit die Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (SDG) auf globaler Ebene realisiert werden. Zwar erfährt das Gremium eine hohe Akzeptanz: Die Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten wird im nächsten Jahr freiwillig über den Umsetzungsstand der Agenda berichtet haben und viele Staaten sind bei den Treffen auf Ministerebene vertreten. Zudem hat sich das HLPF als Netzwerk der Staatenvertreter_innen und Interessengruppen zu Nachhaltigkeitsfragen auf UN-Ebene etabliert. Dennoch ist es eine schwache Institution: Als Austauschforum ohne Beschlussrechte kann das HLPF keine verbindlichen Entscheidungen darüber treffen, wie sich die drängenden globalen Herausforderungen bewältigen lassen – die steigende Zahl von Menschen, die unter Hunger leiden, weiterhin grassierende extreme Armut und wachsende soziale Ungleichheit innerhalb vieler Staaten ebenso wie die immer deutlicheren Auswirkungen des Klimawandels. Angesichts dieser Entwicklungen muss das HLPF im Hinblick auf eine verbindliche Beschlussfassung, Berichterstattung und auf die Teilnehmungsformate dringend gestärkt werden.

Zivilgesellschaftliche Beteiligung im gesamten Überprüfungsprozess stärken

Die Zivilgesellschaft wird im Rahmen des HLPF über die UN Major Groups einbezogen, in denen sich beim UN-Wirtschafts- und Sozialrat als Stakeholder registrierte zivilgesellschaftliche Organisationen engagieren. Dort können sie ihre Positionen und Forderungen dazu, wie die Agenda 2030 umgesetzt und die Fortschritte überprüft werden, an die UN-Mitgliedsstaaten im HLPF kommunizieren. Ein gestalterisches Mitspracherecht hat die Zivilgesellschaft darüber hinaus nicht. Stattdessen begrenzen einige Regierungen die zivilgesellschaftliche Beteiligung im HLPF weiterhin. Dabei wäre eine kritisch-konstruktive Kommentierung der UN-Berichte, vor allem aber der freiwilligen Staatenberichte (Voluntary National Reviews, VNR) durch die Zivilgesellschaft beispielsweise in Form von Schattenberichten durchaus gewinnbringend. Die Zivilgesellschaft kann als Watchdog mit innovativen Ideen die Umsetzungsbemühungen der Staaten bereichern.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf,

- die Einrichtung eines Zivilgesellschaftsforums, ähnlich dem SDG Business Forum, zu unterstützen. In dessen Rahmen können sich zivilgesellschaftliche Akteure über die Umsetzung und die Überprüfung der Agenda austauschen und gemeinsame Forderungen an die Staatenvertreter_innen formulieren;

- sich für Formate im Rahmen des HLPF einzusetzen, durch die die Zivilgesellschaft eine umfassende und substanzielle Beteiligung erfährt, unter anderem über
- die Präsentation von zivilgesellschaftlichen Berichten zur nationalen Umsetzung und/oder zu den jeweiligen VNR im Rahmen der offiziellen Berichterstattung,
- ein Fragerecht der UN Major Groups bei der Präsentation der VNR,
- eine substanzielle Teilhabe der UN Major Groups bei der Verhandlung der Ministererklärung. Diese sollte zudem erst während des HLPF abschließend verhandelt werden, damit in ihr auch die Diskussionen, die noch beim jeweiligen HLPF-Treffen stattgefunden haben, abgebildet werden können;
- sich bei allen UN-Mitgliedsstaaten für den Schutz und die Ausweitung der zivilgesellschaftlichen Beteiligungsräume einzusetzen, auch mit Blick auf die Umsetzung der Agenda 2030. Insbesondere sollte sie ihr Partners for Review-Programm hierfür nutzen;
- die Zivilgesellschaft bei der Erstellung der VNR umfassend zu beteiligen bzw. sich bei anderen Staaten, insbesondere im Rahmen von Partners for Review, für eine solche Beteiligung einzusetzen.

Für eine integrierte, qualitativ hochwertige Berichterstattung

Das HLPF überprüft die Erreichung der Ziele der Agenda 2030 anhand einer Vielzahl von Berichten, etwa des UN-Generalsekretärs, der UN-Statistikkommission und der UN Inter-Agency Task Force on Sustainable Development. Hinzu kommen die thematischen Berichte zu den einzelnen Zielen der Agenda 2030, die VNR und die Berichte der UN-Regionalforen. Darüber hinaus erscheint alle vier Jahre der wissenschaftsbasierte globale Bericht über die nachhaltige Entwicklung (Global Sustainable Development Report, GSDR). Diese Berichtsvielfalt bildet zwar eindrücklich die Komplexität und die umfänglichen Bemühungen der unterschiedlichen Akteure auf allen Ebenen ab. Sie sagt aber wenig über den tatsächlichen Umsetzungsstand der Agenda aus. Auch erlaubt sie keine Gesamtschau auf die Kernanliegen der Agenda 2030, nämlich »Niemanden zurücklassen«, ein koordiniertes Vorgehen und Transformation.

Der gesamten Berichterstattung mangelt es an einem integrierten »Nexus«-Ansatz, durch den die Verbindungen zwischen den SDG herausgestellt und ihre inhaltlichen sowie politischen Wechselwirkungen aufgezeigt werden. Ein Beispiel hierfür ist der Nexus zwischen Zugang zu sauberem Trinkwasser, Ernährungssicherheit und Klimawandel. Durch eine solche Herangehensweise könnten Zielkonflikte deutlich benannt und Ansatzpunkte aufgezeigt werden: Wo sollte Politik besser koordiniert werden, wie kommt man dem Ziel »Niemanden zurücklassen« noch näher?

Die Berichterstattung sollte zudem wesentlich stärker im Austausch mit den Vertreter_innen der UN Major Groups erfolgen, die verschiedene Anspruchsgruppen aus der Zivilgesellschaft vertreten. Dies könnte beispielsweise im Rahmen eines UN-Multi-Stakeholder-Forums im Vorfeld der offiziellen Präsentation der Berichte geschehen.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb dazu auf,

- sich für eine qualitativ hochwertige, dem Nexus-Ansatz folgende und noch stärker am Prinzip »Niemanden zurücklassen« orientierte Berichterstattung einzusetzen;
- eine einheitliche Berichterstattung einzufordern;
- ihren freiwilligen Bericht im Jahr 2021 entsprechend aufzubereiten;
- beim HLPF und beim SDG-Summit im Jahr 2019 beispielgebend voranzugehen und entsprechend eigene *side events* zu konzipieren;
- sich für einen interaktiveren Berichterstattungsprozess und mehr Raum für Diskussion einzusetzen.

Finanzierungsfragen ins HLPF holen – Rolle des Privatsektors kritisch hinterfragen

Die Ziele der Agenda 2030 können nur erreicht werden, wenn auch entsprechende finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Deshalb sollten Finanzierungsfragen auch im Rahmen des HLPF systematisch und prominent diskutiert werden. Bisher erfolgt diese Diskussion ausschließlich im UN-Entwicklungsfinanzierungsforum. Zwar fließt der Bericht des Forums in die Beratungen des HLPF ein. Allerdings findet keine Debatte darüber statt, wie welche vorhandenen Mittel für einzelne Ziele eingesetzt bzw. wie zusätzliche Mittel genau mobilisiert werden sollten.

Als ausgesprochen problematisch muss in diesem Zusammenhang die dem Privatsektor zugeschriebene Rolle als Financier nachhaltiger Entwicklung angesehen werden. Durch seine Aktivitäten sollen die Billionen, die laut der Weltbank für die Erreichung der SDG erforderlich sind, mobilisiert werden. Mittlerweile gilt der Privatsektor weithin als »die Lösung« drängender Entwicklungsfragen. Dies zeigt sich auch am SDG Business Forum, das parallel zum HLPF – unter Beteiligung einer Vielzahl von

Regierungs- und Wirtschaftsvertreter_innen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit – tagt. Kritische Stimmen, die beinahe nur noch von NRO-Vertreter_innen zu vernehmen sind, stellen diese Entwicklung infrage: Inwieweit kommt es zu Konflikten zwischen einer profitorientierten Wirtschaftsweise von Unternehmen und der gemeinwohlorientierten Zielrichtung der Agenda 2030? Stellen öffentliche Mittel, beispielsweise in Bereichen der öffentlichen Daseinsfürsorge und Infrastruktur, nicht eine angemessenere Finanzierungsoption dar? Auf dem HLPF selbst finden diese Diskussionen kaum statt. Dies sollte sich ändern.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf,

- sich dafür einzusetzen, dass Umsetzungs- und Finanzierungsfragen im Rahmen des HLPF gemeinsam diskutiert werden;
- eine evidenz-basierte Diskussion zur Rolle des Privatsektors anzustoßen, insbesondere seines Beitrags zur Erreichung des Prinzips »Niemanden zurücklassen«, also zur Überwindung von Hunger und Armut sowie sozialer Ungleichheit auf HLPF-Ebene. Im Zentrum der Auseinandersetzung muss die Einhaltung der Menschenrechte sowie sozialer und ökologischer Mindeststandards durch Unternehmen stehen.

Agenda 2030 und HLPF in Deutschland bekannter machen

Die Agenda 2030 mit ihren Zielen und auch das HLPF müssen auch in Deutschland noch bekannter werden. Hochrangige Expertengremien und jährliche Konferenzen auf Bundesebene können hierzu durchaus beitragen. Allerdings erhalten diese Veranstaltungen vor allem in der Fach-Community Aufmerksamkeit, während sie kaum Wirkung in die breite Bevölkerung entfalten. Deshalb sollten relevante Zielgruppen ergänzend auf regionaler und lokaler Ebene in für sie geeigneten Formaten angesprochen werden. Auch sollte die nachhaltigkeitspolitische Bildungs- und Informationsarbeit deut-

lich stärker gefördert werden. Öffentlichkeit kann aber auch erreicht werden, indem sich der Deutsche Bundestag mit der Agenda 2030 befasst und die Fortschritte überprüft. Dem Parlament sollte die Bundesregierung nicht nur den Fortschrittsbericht zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, sondern auch ihren freiwilligen Bericht zum HLPF vorlegen.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf,

- den nächsten freiwilligen Bericht zum HLPF im Jahr 2021 rechtzeitig vor der Berichterstattung bei der UN dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorzulegen;
- eine jährliche nationale Konferenz im Vorfeld des HLPF auszurichten, auf der die Umsetzung der Agenda 2030 in und durch Deutschland diskutiert wird;

- regelmäßige regionale Veranstaltungen – beispielsweise über das RENN-Netzwerk – anzubieten, bei denen relevante Akteure in Ländern und Kommunen gezielt in ihren Bemühungen, die Agenda 2030 zu realisieren, unterstützt werden;
- zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen in ihrer politischen Bildungs- und Informationsarbeit zur Agenda 2030 wesentlich stärker auch finanziell zu unterstützen.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)
Stresemannstraße 72
10963 Berlin
Tel.: 030/2 63 92 99-10
E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

Redaktion

Dr. Sonja Grigat

Endredaktion

Eva Wagner

Berlin, November 2018

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL
im Auftrag des BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung